



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/172 - 29.7.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

FDP vor der Entscheidung	S. 1
Westverträge im Unterhaus - Bericht aus London -	S. 3
An der Saar selbst - von Dr. Karl Sommer, MdB	S. 5

Die Sammler um Herrn Mittelhaue

Das "deutsche" Programm der FDP

(sp) Nordrhein-Westfalens FDP hat das sogenannte "Deutsche Programm" ihres Vorsitzenden Mittelhaue zur Kenntnis genommen und wohl auch, zusammen mit einem Teil des Bundesvorstandes der FDP/DVP, begrüßt. Mit der alten deutschen Staatspartei oder der FDP/DVP, die sich einmal unter dem Vorsitz von Theodor Heuß in Heppenheim zusammenschloß, hat das Programm nichts mehr zu tun. Es entspricht vielmehr manchen Parolen, die in der Vergangenheit von der Deutschen Volkspartei oder auch von Hugenberg vertreten worden waren.

In der bisherigen innerdeutschen Entwicklung seit 1945 ist Mittelhaues Programm eine Wiederholung oder Weiterführung von Punkten, die vorher u.a. von der "Ersten Legion", der schwarz-weiß-roten Deutschen Partei und auch von einigen Leuten vertreten worden sind, die Otto Strassers Rückkehr vorbereiten wollen. Die nationale Sammlungsbewegung, die Mittelhaue und seine Freunde aus der FDP machen wollen, wird dann auch in diesem Kreis Mitläufer gewinnen können. "Führungsdemokratie, Reichspräsident, eine zweite, ständisch gegliederte Kammer", das sind so einige der Wünsche, auf die sich die Sammler um Mittelhaue und von Rechenberg ohne Schwierigkeiten mit der Deutschen Partei und allen anderen Kräften einigen können, die nicht wissen, ob ihr

Unbehagen gegenüber der parlamentarischen Demokratie des Bonner Grundgesetzes nun aus deutsch-nationalen Vorstellungen vor dem Jahr 1933, aus dem Parteiprogramm der NSDAP oder aus dessen Verwirklichung resultiert.

Vergessen wir nicht, daß alle bisherigen extremen Rechtsparteien in der Bundesrepublik nur die krakelenden Verwalter des Testaments des Dritten Reiches sind. Eine nationale Sammlungsbewegung auf der Grundlage des "deutsch" genannten Programms von Bielefeld würde sich in der Vollstreckung dieses Testamentes versuchen müssen, um sich zu unterscheiden. Daß dazu eine "Freie Demokratische Arbeitervereinigung", als Stoßtrupp der Unternehmer gegen die Gewerkschaften, gebildet werden mußte, ist selbstverständlich und auch nicht neu. Natürlich ist für die Werber der Sammlungsbewegung FDP (oder wie wär's mit DNSAPD - Deutsch-Nationale Sammlungs-Partei Deutschlands ?) der "Antimarkismus" Parole Nr. 1. Heute bedeutet die Parole natürlich: Anti-SPD um jeden Preis. In dem Kommuniqué des Essener FDP/DVP-Treffens war dafür die Begleitmusik bereits angestimmt worden.

Nun wäre es für die parlamentarische Demokratie der deutschen Bundesrepublik vielleicht sogar ein Gewinn, wenn sich die Kräfte, die nur so tun, als bejahten sie diese Demokratie, für jedermann sichtbar in einer sie deutlich charakterisierenden "Bewegung" sammeln würden. Aber wir geben der Sammlungsbewegung Middelhaupes wenig Chancen. Das Gros der Menschen in Deutschland ist nach den Jahren vor 1933 und ihren Folgen doch zu klug geworden, um den alten Fanfarenklängen noch zu folgen. Sie werden es auch dann nicht tun, wenn die FDP die Instrumente stellt. Wir wissen, daß durchaus nicht alle führenden Männer der FDP und schon gar nicht der DVP bereit sein werden, die Fannn von vorgestern wieder zu tragen. Das dürfte auch der Kreis um Herrn Middelhaupe wissen. Vielleicht liegt gerade in dieser Einsicht ein Motiv für die Bekanntgabe des Bielefelder Programms. Ist das so, dann wird nicht nur die DVP, sondern dann werden auch manche Männer und Frauen der FDP vor eine Entscheidung gestellt, deren Konsequenzen im Interesse der klaren Fronten in unserer Demokratie nur ein Gewinn sein können.

Wenigstens in der einen Hälfte der gegenwärtigen Bonner Koalition würden sich die Kräfte, für die die die Erhaltung unseres Staates und seiner verfassungsmäßigen Lebensformen die erste Aufgabe ist, von denen trennen, die unter Staatsrerhaltung nur die Interessenvertretung für eine kleine, in der Vergangenheit verankerte Gruppe verstehen. Für die Beurteilung der CDU/CSU, die ja schon, zunächst auf lokaler Ebene, mit allerlei Rechtsgruppen Bündnisse einging, wird es sehr wichtig sein, wie sie sich zur Entwicklung ihres Koalitionspartners FDP stellt.

Eden wünscht schnelle Ratifizierung -
Labour Party gegen Bonner Verträge

F.S.-London, 29. Juli

Am Donnerstag und Freitag, den beiden letzten Verhandlungstagen vor den Sommerferien, wird im Unterhaus und zugleich im Oberhaus die Ratifizierung der Bonner Verträge zur Debatte stehen. Der Zusatz- oder Gegenantrag der Opposition steht in seinem Wortlaut noch nicht fest. Am 17. Juli hatte die Parlamentsfraktion der Labour Party während einer vertraulichen Sitzung beschlossen, die Ratifizierung der vertraglichen Abmachungen als "inopportun" zu bezeichnen. Die Resolution, ein Kompromiß zwischen dem rechten und linken Parteiflügel, drückt ferner aus, daß die Partei an den Bedingungen festhält, die Attlee im Februar 1951 aufgestellt hat. Danach sollte die Wiederbewaffnung der Westmächte der Aufrüstung Deutschlands vorangehen, die deutsche Streitkraft eine Einheit innerhalb der Europa-Armee bilden und die deutsche Bevölkerung ihr Einverständnis zur Wiederbewaffnung geben. Vor wenigen Wochen forderte die Exekutive der Labour Party die sofortige Einberufung einer Vierer-Konferenz mit der Aufgabe, die Wiedervereinigung Deutschlands zu überprüfen, und Neuwahlen in Westdeutschland, bevor die Bundesregierung weitere Verpflichtungen zur Aufrüstung eingeht. Die konservative Regierung hat beide Forderungen unberücksichtigt gelassen.

Es besteht kein Zweifel, daß im Parlament auch diesmal die Anträge der Labour Fraktion abgelehnt werden. Ungewiß ist noch, wie diese nach der Ablehnung ihrer Anträge sich zur Regierungsvorlage stellen wird. Als sich im März dieses Jahres ungefähr die gleiche Situation ergab, entstanden schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten. Auch diesmal steht ein Teil der Abgeordneten zur Politik Attlees und Morrisons, die eine Wiederbewaffnung Deutschlands nur "vorläufig" ablehnen und vielleicht ein Kompromiß mit der Regierungsvorlage finden würden. Der linke Fraktionsflügel lehnt Aufrüstung und Gleichberechtigung Deutschlands prinzipiell ab. Zu einem seiner Vertreter gehört Hugh Dalton, der neben dem früheren Kriegsminister Shinwell als einer

der Hauptredner der Fraktion vorgesehen ist. Ob als weitere offizielle Redner Bevan oder Crossmann sprechen, wird sich nach weiteren Auseinandersetzungen erst im letzten Augenblick entscheiden. Die Regierungsvorlage wird - wenn er bis dahin wieder gesund ist - von Eden vertreten, der von seinen beiden Staatssekretären unterstützt wird.

Es ist in jedem Falle bezeichnend, daß weder Attlee noch Morrison, aber auch nicht Churchill als offizielle Redner ihrer Fraktionen vorgesehen sind. Verständlich wird diese Zurückhaltung allerdings, wenn man daran denkt, daß gleich nach der Wiedereröffnung des Parlaments die Parteitage Labours und der Konservativen stattfinden. Vor diesen Terminen beabsichtigt keiner dieser führenden Politiker, sich in einer so wichtigen Frage festzulegen. Auch die Abgeordneten, die als "zweite Garnitur" sprechen, werden in Gedanken vielleicht mehr auf der Tribune ihres Parteitages als im Parlament sein, und nur ein strenger Fraktionsbeschuß, besonders bei den Konservativen, könnte sie wohl veranlassen, einheitlich zu stimmen, zumal die Haltung der gesamten Bevölkerung in Groß-Britannien zur Ratifizierung der Verträge sehr unübersichtlich ist. Inzwischen ist übrigens bekannt geworden, daß auch die Konservativen gern die Ratifizierungsdebatte bis in die nächste Sitzungsperiode des Parlaments vertagt hätten, wenn nicht Eden so nachdrücklich auf der früheren Behandlung bestanden hätte.

+ + +

Analyse für den Hausgebrauch - Britische Regierungsstellen sind in einer Untersuchung über die Notwendigkeit von Neuwahlen in der Bundesrepublik vor einer deutschen Wiederbewaffnung zu einem negativen Ergebnis gekommen - im Gegensatz zu der Auffassung von Labour. Darüber wurde dieser Tage im "Manchester Guardian" berichtet. Die Argumentation, die wesentliche Punkte der regierungsamtlichen deutschen Beweisführung übernimmt, braucht in diesem Zusammenhang nicht zu interessieren. Aufschlußreich ist aber die Feststellung am Schluß: Diese Analyse sei zur Veröffentlichung in London bestimmt. Die britische Hohe Kommission wünsche nicht, daß die Gesichtspunkte der Untersuchung in Deutschland verbreitet würden, wo diese Frage Gegenstand erheblicher Meinungsverschiedenheiten sei. - Abgesehen von der naiven Annahme, man könne in der demokratischen Welt solche Publikations-Grenzen aufrichten - handelt es sich hier um ein beispielhaftes Verhalten für Nichteinmischung? Oder um ein Eingeständnis der Schwäche der eigenen Argumentation, von der man selbst nicht glaubt, daß sie in Deutschland überzeugen könnte?

+ + +

An der Saar selbst

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Der Verfasser hatte Gelegenheit, gerade während der Tage der neuen Saarverhandlungen in Paris die Lage an der Saar selbst zu studieren. Dort liegt der Schlüssel des Verständnisses für die Initiative, die Außenminister Schuman in Paris mit dem Vorschlag, die Saar zu europäisieren, ergriffen hat.

Der Kontakt mit den Verhältnissen in dem losgerissenen Gebiet befestigt sehr schnell den Eindruck, den man schon aus der Kenntnis der allgemeinen politischen Entwicklung im "Protektorat" hat. Das separatistische Regime befindet sich in einer schweren Krise und scheint in einer ausweglosen Sackgasse angelangt zu sein.

Die Landtagswahl ist fällig und kann auch nicht für lange aufgeschoben werden. Der Polizeistaat hat zwar geglaubt, mit einem zweckdienlichen Parteien- und Wahlgesetz und mit der weiteren Monopolisierung der Nachrichtenmittel in französisch-separatistischen Händen noch einmal einen zuverlässigen Landtag zusammenbringen zu können. Bisher wird auch nach diesem Rezept verfahren. Die drei gegen das Regime auftretenden Parteien sind verboten bzw. noch nicht zugelassen. Aber da steckt das große Dilemma, in dem sich das Regime befindet: Einerseits führt die Zulassung der Parteien mit größter Wahrscheinlichkeit zu einer deutschorientierten Landtagsmehrheit, andererseits vermag die Verweigerung der Zulassung es nicht, diesen Parteien eine Waffe zu nehmen, gegen die das Polizeiregime keine Verteidigungsmöglichkeiten hat, nämlich die Waffe des Wahlboykotts mit weißen Stimmzetteln. Die bisherige französische Saarpolitik könnte nicht weitergeführt werden, wenn sie sich auf ein Regime in Saarbrücken stützt, dessen zwei allein zugelassene Parteien nur einen geringen Teil der Wählerschaft hinter sich hätten.

Kirchen und Gewerkschaften

Es führt zu nichts, Spekulationen über den möglichen Ausgang der Wahlen nach Prozentsätzen anzustellen. Es ist nützlicher zu überlegen, auf welche Kräfte sich die zugelassenen und verbotenen Parteien

stützen können. Drei Kräfte sind ausschlaggebend an der Saar: Die katholische Kirche, die protestantische Kirche und die Gewerkschaften. Drei Viertel der Bevölkerung ist katholisch. Die Geistlichkeit untersteht den Bistümern Trier und Speyer. In ihrer übergroßen Mehrheit hat sie in der Vergangenheit, geführt von dem mutigen Bischof Bornewasser, eine gute Haltung gegenüber der französischen Politik an den Tag gelegt. Auch jetzt hat der Nachfolger des verstorbenen Bornewasser, Bischof Wehr, die künftige Haltung des Klerus angedeutet, als er in einem Brief an Herrn Hoffmann schrieb, die Nichtzulassung der CDU im Saargebiet müsse zu großen Komplikationen führen. Die protestantische Geistlichkeit ist fast noch geschlossener gegen die unchristliche, machiavellistische Politik des Separatismus eingestellt. Schließlich ist bekannt, daß die Einheitsgewerkschaften als größte Organisation des Landes in offenem Konflikt mit dem Regime stehen. Auch die kleineren christlichen Gewerkschaften sind keine für Hoffmann zuverlässige Organisation.

Woher sollen da die Separatistische Christliche Volkspartei des Johannes Hoffmann und die Separatistische Sozialdemokratische Partei Kirns und Zimmers größere Wählermassen holen? Die Parteiorganisationen erfassen nur wenige Menschen und sind außerdem in einem fortschreitenden Zersetzungs- und Spaltungsprozeß begriffen. Die Führung macht verzweifelte Versuche, neuen, europäisch firmierten Wein in die alten frankophilen Schläuche zu füllen. Sie überbieten sich in europäischer Begeisterung und europäischen Wunschprogrammen für die Saar. Nur ein Punkt wird nicht diskutiert: Das Fortbestehen der Trennung von Deutschland. Sie sind bereit, das französische "Protectorat" zu verleugnen, das sie selbst vor Jahren als gehorsame Diener der Besatzungsmacht mit geschaffen haben. Ihr Kredit bei der Bevölkerung ist nahe dem Nullpunkt. Und man braucht die Menschen nur daraufhin anzutippen, dann geben sie ihrer Meinung über diese Führung freien und meist nicht wiederzugebenden Ausdruck.

"Tunesien"-Politik gegenüber Deutschen

In dieser Lage erscheint die Europäisierung als einziger Ausweg. So wie jetzt geht es nicht weiter. Das wissen die Separatisten-

das weiß aber auch die französische Regierung, für die die Fortführung der "Tunesien"-Politik gegenüber dieser deutschen Bevölkerung international immer untragbarer wird. Daher ihr Vorschlag, ihre wesentlichen Interessen an der Saar durch sogenannte Europäisierung zu retten. Dabei darf man nicht vergessen, daß die jetzige "Autonomie" eine Rückzugsposition der ursprünglich betriebenen Annapolitik ist. Die jetzt geplante Änderung in den Formen soll dabei das bisher vergeblich verfolgte Ziel erreichen helfen: Die freiwillige Anerkennung der Separation durch Deutschland.

Aus dem Gesagten ist klar, daß die deutsche Politik keine Veranlassung hat, auf Vorschläge zur Europäisierung des gestohlenen Gutes einzugehen, auch dann nicht, wenn der Dieb sich bereitfände, aus eigenem Besitz zu diesem Gut eine Kleinigkeit hinzuzufügen, um es mit dem Schein des Europäischen ausstatten zu können. Die Regierung des westlichen Teils Deutschlands hat keine Legitimation, deutsches Gebiet - unter welchem Namen auch immer - wegzugeben. Außerdem, wenn man die Trümpfe und die Chancen wiegt, die Deutschland in der Saarfrage in der Hand hat, besteht nicht die geringste Veranlassung, auch nur einen Teilverzicht ins Auge zu fassen. Eine Analyse der Lage an der Saar selbst zeigt, daß der Separatismus im Sterben liegt. Die deutsche Politik muß diesen Prozeß beschleunigen, vor allem durch Unterstützung des Kampfes der Parteien an der Saar um die demokratischen Freiheiten. Sie muß ihre internationalen Möglichkeiten im Europarat, in der Montan-Union und wo immer dazu ausnutzen, diesen Kampf zu führen. Der Bundeskanzler aber scheint wieder einmal dabei zu sein, Positionen aufzugeben oder Ansprüche zu vernachlässigen und stattdessen durch Europäisierungsverhandlungen dabei zu helfen, das Grandval-Hoffmannsche Regime aus seinen Todesängsten herüberzuretten in die ersehnte neue "europäische" Erscheinungsform.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau